

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Quitt  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 18 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr für die sechspaltige Kolonnenzeile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Die wirtschaftliche Überwindung des Kapitalismus

In seinen im Kommissionärsverlag von W. Trösch in Ulm erschienenen Briefen an die deutschen Arbeiter weist Parvus darauf hin, daß die Hauptschwierigkeit der wirtschaftlichen Überwindung des Kapitalismus nicht darin liege, den kapitalistischen Besitz durch gemeinsamen Besitz zu ersetzen, sondern darin, die kapitalistische Produktion in die sozialistische überzuführen. Die Organisation sei alles. Zu diesem Zweck müßten wir uns vor allem der Formen der Sozialisierung bedienen, die wir bereits im kapitalistischen Staat vorfinden. Das seien zunächst die Staatsbetriebe.

Die Vergeßlichkeit der Staatsbetriebe gehe nach zwei Richtungen: Erstens nach einer vollkommenen Vertretung der Interessen der Arbeiter in den Staatsbetrieben. Die Mittel und Wege dazu seien durch die gewerkschaftliche Praxis gegeben. Es wäre falsch und verderblich, wenn etwa die Meinung aufkommen sollte, weil der Staat selbst sozialistisch umgestaltet werde, brauchten die Arbeiter der Staatsbetriebe keine gewerkschaftlichen Vertretungen mehr, wie gegenüber dem kapitalistischen Staat. Falsch sei es deshalb, weil die Vertretung der Arbeiterschaft nicht nur zur Sozialisierung des Staates gehöre, sondern sogar ihren wesentlichsten Teil bilde. Im Gegensatz zum Bolschewismus wolle der Arbeitersozialismus die neue Gesellschaft aus den Arbeiterorganisationen heraus entwickeln. Er wolle einen Gesamtwillen schaffen und nicht durch die Macht einer bewaffneten Schar die Gesamtheit beherrschen. Der Arbeitersozialismus wolle von unten aufbauen, darum sei er Leben und Gedeihen.

Doch sei neben einer vollständigen und auf das peinlichste durchgeführten gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter in den Staatsbetrieben aber auch eine Umgestaltung der Zentralleitung dieser Betriebe im sozialistischen Sinne notwendig. Die Zentralleitungen der Staatsbetriebe waren bis jetzt willkürliche Organe der Regierung. Sie dienten darum in erster Linie militärischen, in zweiter Linie fiskalischen Zwecken, erst hinterher kamen die allgemeinen Interessen der Volkswirtschaft.

Neben einer größeren Selbständigkeit der einzelnen Zentralleitungen, die ihnen die Möglichkeit geben soll, die Angelegenheiten des betreffenden Industriezweiges und der in ihm vertretenen Arbeiterschaft wahrzunehmen, muß zugleich den anderen Geschäftszweigen, die von den Staatsbetrieben abhängen, die Möglichkeit gegeben werden, mitbestimmend in deren Geschäftsgängen einzugreifen. Ich brauche bloß auf die Tarifpolitik der Eisenbahnen zu verweisen, um diese Forderung begründlich zu machen.

Es handelt sich nach Parvus nicht darum, widerspenstige Interessen unter eine Schablone zu zwingen, sondern vorhandene Interessenswiderprüche durch einen umfassenden Solidaritätsgedanken zur Ausöhnung zu bringen. Als sehr angebracht erscheint uns zurzeit auch der Hinweis von Parvus auf die bedeutende Tatsache, daß das Proletariat nur der Kapitalistenklasse gegenüber einen einheitlichen Willen darstellt, daß es aber, wenn es selbst zur Herrschaft gelangt, innere Interessenunterschiede und selbst Gegensätze zu überwinden hat, und daß vor allem auch innerhalb der Klasse selbst das Recht der einzelnen Persönlichkeit geschützt werden muß.

Diese wichtigen Unterscheidungen werden heute im Tageskampf der verschiedenen sozialistischen Meinungen leider oft übersehen, so zum Beispiel, wo es sich um die Wertung der Begriffe Streik und Streikbrecher handelt.

Wichtig sind nach den sehr beachtlichen Ausführungen von Parvus die bei der Sozialisierung der Staatsbetriebe zu berücksichtigenden Interessenrichtungen. Erstens das Interesse des einzelnen Arbeiters, der mit seinem ganzen Dasein von seiner Stellung im Betriebe abhängig ist. Dieses ist das Maßgebende, denn die Gesellschaft ist dazu da, das Glück der Persönlichkeit zu fördern. Zweitens das Interesse der gesamten Arbeiterschaft des einzelnen Produktionsverbandes. Dieses findet seine Schranken an dem persönlichen Interesse des einzelnen Arbeiters und schränkt es auch seinerseits ein. Denn so weit kann die Glücksforderung des einzelnen nicht gehen, daß seine Mitmenschen darunter leiden, und eine dauernde Gefährdung der Interessen der Arbeitergemeinschaft verletzt schließlich die Interessen eines jeden unter ihnen. Andererseits hat jede Arbeitergemeinschaft ihre Angelegenheiten gegenüber anderen Arbeitergemeinschaften wahrzunehmen. Die Stellung der einzelnen Arbeitergruppen in der kapitalistischen Gesellschaft war ungleich, hauptsächlich, weil der Grad der Ausbeutung verschieden war. Der Sozialismus übernimmt in diesen Dingen eine schlimme Erbschaft. Es wird viel Geduld und gegenseitiges Entgegenkommen brauchen, bis der nötige Ausgleich geschaffen ist.

Drittens das Interesse des Industriezweiges, dem die Arbeiterschaft angehört. Es ist klar, daß die Interessen der Arbeiterschaft ihre Grenzen an den Bedingungen finden, unter denen sich der betreffende Industriezweig entwickeln kann. Viertens das Interesse der Allgemeinheit.

Diese „Uebereinanderordnung der verschiedenen Interessen“ wird dann an dem Beispiel der Eisenbahnen skizziert.

Jeder Angestellte der Eisenbahnen darf verlangen, daß er ein sicheres und zu einem kulturellen Dasein ausreichendes Einkommen erhalte, daß seine Gesundheit nicht durch übermäßige Kraftanstrengung beeinträchtigt werde, daß er genügend freie Zeit habe und eine derartig geregelte Arbeitszeit, daß ihm seine Tage nicht zersplittert werden, daß er sich seiner Familie, der Wissenschaft, der Kunst, dem Sport oder sonstigen Liebhobbies widmen könne. Er darf Sicherheit verlangen, daß er nicht grundlos von seinem Platz fortgerafft werden kann, daß für ihn und seine Angehörigen, soweit sie nicht

selber erwerbsfähig sind, in den Fällen von Krankheit, Verunglückung, Alter usw. gesorgt wird. Das ist das persönliche Interesse.

Die Gemeinschaft sämtlicher Angestellten der Bahnen darf dann von jedem einzelnen verlangen, daß er gewissenhaft und fleißig seine Arbeit verrichte, seinen Arbeitsgenossen beistehende, die Arbeitsordnung genau befolge und Disziplin halte. Denn, wenn er es nicht tun würde, wenn er faul, unordentlich, eigensinnig, streifschüchtig oder gar unehelich wäre, so würde er der Gemeinschaft zur Last fallen, die gute Ordnung stören, vielleicht sogar den Betrieb und somit das Leben der Eisenbahner wie der Reisenden gefährden.

Die Eisenbahnverwaltung als Vertretung des Industriezweiges hat für die Anlagen und den Betrieb zu sorgen, für die technische Vervollkommnung und den Ausbau des Verkehrs.

Die Allgemeinheit schließlich macht sich geltend bei der Regelung der Tariffragen, der Erweiterung des Eisenbahnnetzes, der Finanzierung großer technischer Umgestaltungen usw.

So wird bei der wirtschaftlichen Sozialisierung der Kapitalität nicht etwa durch die Regierung ersetzt, sondern es tritt an die Stelle des Kapitalisten oder der Aktiengesellschaft eine Zusammenfassung von Vertretungen der beteiligten Interessen: Persönlichkeit, Arbeitergemeinschaft, Betriebszweig, Allgemeinheit, während im kapitalistischen Betrieb alles in den Händen des Kapitalbesitzers liegt, der den Gewinn einsteckt und allein das Risiko trägt.

In der gerechten Wahrnehmung aller Interessen liegt nach Parvus die moralische Gewähr der Festigkeit der sozialistischen Wirtschaftsordnung: Jeder einzelne muß davon durchdrungen sein, daß er sein persönliches Interesse wahrnehmen, aber dieses auch den anderen berechtigten Interessen anpassen und unterordnen muß. Denn nach dem Wegfall des kapitalistischen Besitzes fallen auch die Hungerpeinliche und der kläglich Besorgene als regelnde Faktoren weg, an ihre Stelle tritt die auf der klaren Einsicht des einzelnen und dem moralischen Zusammenhalt der Arbeiterklasse beruhende Disziplin. Während der Uebergangszeit fällt den Arbeiterorganisationen, vor allem den Gewerkschaften, die große Aufgabe der moralischen Erziehung der Arbeiterschaft zu. Sie werden dieser Aufgabe um so mehr gerecht werden können, als sie schon bisher einen wesentlichen Teil ihrer Tätigkeit ausmachten.

Schließlich beschäftigt sich Parvus noch mit der allgemeinen Auswirkung des Sozialismus. Neben den Staatsbetrieben wird es, wie er darlegt, in der sozialistischen Gesellschaft eine große Mannigfaltigkeit wirtschaftlicher Organisationsformen geben, wie die Gemeindebetriebe, Genossenschaften, Konsumvereine, Gewerkschaftsbetriebe und andere Formen des gemeinsamen Besitzes. In das Gebiet der Staatsbetriebe gehören die Verkehrsmittel. Daran schließen sich Bergbau und Eisenindustrie. Wenn der Staat Eisenbahnen, Kohle und Eisen in der Hand hat, beherrscht er damit das ganze wirtschaftliche Leben des Landes. Ob man dahin kommt auf dem Wege der Beschlagnahme, der zwangsweisen Ablösung oder eines Kaufvertrages, ist von minderer Bedeutung, wenn auch der Staat keine Veranlassung hat, auf die Millionäre zarte Rücksichten zu nehmen. Der sozialistische Staat kann aber nach Parvus für Eisenbahnen, Bergwerke und Eisenhütten „einen Preis zahlen, der jede Konkurrenz schlägt. Die Kombination dieser großen Industriezweige bietet derartig große Geschäftsvorteile, daß der Staat unbedingt auf seine Kosten kommen wird.“

Ohne Kohle, Eisen und Eisenbahnen kann keine Industrie bestehen. Folglich werden sich alle Industrien dem sozialistischen Staat fügen müssen, wenn er über diese grundlegenden Produktionszweige disponiert. Der Staat braucht dann nur in engere Beziehungen zu den anderen sozialistischen Betrieben zu treten, und die Stunde des Kapitalismus hat geschlagen. Dieser kann gegen die große und steigende Macht der sozialistischen Produktionsgemeinschaft nicht mehr aufkommen, er wird mit seinen eigenen Waffen geschlagen, den Waffen der Konkurrenz. Der Augenblick kommt dann rasch, wo die Kapitalisten selbst die Sozialisierung ihrer Betriebe beantragen werden, um dem vollständigen Ruin zu entgehen.

Am ehesten werden die Gemeindebetriebe dann in eine innigere Verbindung mit den Staatsbetrieben treten müssen. Schon die Zusammenfassung des gemeinsamen Bedarfs der demokratisierten großstädtischen Gemeindebetriebe wird eine große wirtschaftliche Macht darstellen. Andere Machtwirkungen bringen die elektrischen Zentralen in den Städten mit ihrer Beherrschung der Umgebungen.

St ist erst die große Produktions- und Verkehrsgrundlage des Sozialismus gegeben, dann braucht man keine rechtlichen Zwangsmittel, um die Privatindustrie zu enteignen, dann greift der Sozialismus weiter um sich mit noch größerer Unwiderstehlichkeit als die kapitalistische Kartelle und Syndikate. Die dezentrale, nicht rückwärtslose Ausnutzung der kapitalistischen Privateigentumsrechte kann aber nicht der Weg des Sozialismus sein. Denn dieser Weg führt nicht wie jener der Kapitalisten über wirtschaftliche Leiden. Man wird rasch, und ausgiebig, verallgemeinert durch die Gesetzgebung eingreifen. Nicht terroristisch wird die sozialistische Gesetzgebung wirken, sondern im Gegenteil mildern, im Sinne der Wahrnehmung der Interessen aller Volksgenossen. Wie ja überhaupt die Aufgabe des Sozialismus nicht die Aufrichtung einer neuen Klassenherrschaft, sondern die Aufhebung jeder Klassenherrschaft ist.

Wollte man die Sozialisierung mit der allgemeinen Hintertreibung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, Aufhebung des Lohnsystems usw. anfangen, so würde man sich dadurch nur enorme Schwierigkeiten aufhaken, ohne die Sache selbst auch nur um Haarsbreite gefördert zu haben. Um die notwendige wirtschaftliche Umgruppierung zu erreichen, muß man erst in Dienste des Sozialismus eine wirtschaftliche Macht zusammenschließen, die dem Privatbesitz überlegen ist und sich ihm gegenüber durchzusetzen vermag! — Wir unterbreiten die Darlegungen vor Parvus unseren Lesern als Stoff bei den zurzeit ja so regen Erörterungen über Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Durchführung des Sozialismus.

### Sitzung des erweiterten Beirats

Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war auf den 13., 14. und 15. März 1919 zu seiner dritten ordentlichen Sitzung nach Stuttgart (Metallarbeiterheim) zusammenberufen. Kollege Reichel, der die Verhandlungen namens des Vorstandes eröffnete und leitete, bemerkte einleitend, daß die zweite Sitzung vom 7. und 8. November 1918 durch die revolutionären Ereignisse eine jähe Unterbrechung erfahren habe und ihre Arbeiten nicht erledigen konnte. Eine frühere Berufung des Beirats sei infolge der Ereignisse nicht möglich gewesen. Die durch die Revolution bewirkten Änderungen drücken sich auch in der Entwicklung des Verbandes aus. Der Verband zählte am 1. März bereits über eine Million Mitglieder. Dabei fehlten die Mitgliedschaften in Elsaß-Lothringen, auf die wir wohl endgültig verzichten müßten. Der Stand der Mitgliedschaften ändere sich von Woche zu Woche. Die Verfertigung der Mitgliedschaften mit Material bedeute einen außerordentlichen Arbeitsanfall. Wegen der Verkehrs-schwierigkeiten war es auch nicht möglich, alles Nötige pünktlich an die Verwaltungsstellen zu liefern. Das werde sich nun wohl zum Besseren wenden.

Bevor die vom Vorstand vorgeschlagene Tagesordnung zur Beratung gelangte, hatte sich der Beirat mit einer Mandatfrage zu befassen. Das Mandat eines Berliner Delegierten des Beirats war angefallen, da er aus der mittleren Ortsverwaltung Berlin, die der Wahlkörper für die Wahl der Delegierten zum Beirat bildet, ausgeschieden ist. Der Vorstand legt den Beschluß von Köln (§ 31 Abs. 8 des Statuts) so aus, daß die Mandate der auf Bezirkskonferenzen gewählten Mitglieder des Beirats erst mit der nächsten Generalversammlung erlöschen, wogegen der Berliner Standpunkt ist, daß mit Ausschreibung aus dem Wahlkörper auch das Mandat zum Beirat erlösche. Die mittlere Verwaltung Berlin hatte deshalb dem betreffenden Kollegen das Mandat aberkannt und für ihn eine Ersatzwahl vorgenommen. Die Berliner Vertreter halten es für logisch undenkbar, daß ein Mandat unter allen Umständen zwei Jahre gelte. Vom Vorstand wurde darauf erwidert, daß es nach dem Wortlaut des Statuts durchaus logisch sei, das Mandat als auf zwei Jahre erteilt zu erachten. Selbst wenn ein Kollege in einem andern Bezirk überlebte, laufe sein Mandat weiter, denn man könne doch in solchen Fällen nicht den schweren und umständlichen Apparat einer Bezirkskonferenz in Bewegung setzen. Die nächste Generalversammlung müsse jedoch für die Wahl der Delegierten zum Beirat ein Wahlreglement aufstellen. Die Berliner Vertreter berieten sich für ihre Auffassung auch auf die Entscheidung des Vorstandes über eine Beschwerde. Der Vorstand dieser Entscheidung stützt jedoch diese Auffassung nicht. — Der Beirat beschloß mit allen gegen 4 Stimmen, das Mandat des Neugewählten für ungültig zu erklären.

Es erfolgte nunmehr die Festsetzung der Tagesordnung. Vom Vorstand wurden dafür folgende Punkte vorgeschlagen:

1. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress in Nürnberg:
  - a) zur Tagesordnung und Einreichung etwaiger Anträge;
  - b) zur Wahlkreiseinteilung und zum Wahlreglement.
2. Stellungnahme zur Generalversammlung:
  - a) Bestimmung des Zeitpunktes der Abhaltung;
  - b) Festsetzung der Tagesordnung;
  - c) Aussprache über die in Aussicht zu nehmenden Reformen im Unterstützungsweisen und der Vertragsverhandlung.
3. Bericht über die Arbeitsgemeinschaften und unsere Stellung zu ihnen.
4. Mitteilung über die Abhaltung je einer Berufskonferenz für die Gleisearbeiter und für die Arbeiter in den Waggonfabriken.

Von der Verwaltungsstelle Romabes-Rosbach wurde beantragt, noch folgende drei Punkte auf die Tagesordnung zu setzen:

1. Die Zwangsmassnahmen der Funktionäre des Eisenbahner-Verbandes zum Uebertreten unserer Mitglieder, die in Eisenbahnverwaltungen arbeiten.
2. Einberufung einer Reichskonferenz für die Arbeiter der Lokomotivfabriken.
3. Den Mitgliedern, die an den politischen Streiks beteiligt waren, für die Dauer der Streiks beitragsfreie Marken zu geben.

Den Anträgen 1 und 2 wurde zugestimmt, Antrag 3 wurde durch Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt. Unser Statut sei maßgebend. Die Ortsverwaltungen könnten Vertragsbefreiung gewähren, doch liege hier kein Bedürfnis vor.

Von einem Berliner Mitglied des Beirats wurde beantragt, auch über die Einberufung einer Reichskonferenz der Metallarbeiter eine Aussprache zu pflegen. Dem wurde zugestimmt.

Die Aussprache über die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses eröffnet Kollege Reichel. Von ihr seien es die Punkte 4 und 5 über die Arbeitsgemeinschaften und die Satzungen des Bundes der Gewerkschaften, die für uns in erster Linie in Betracht kommen. Ueber den Bund solle eine von der Vorstandskonferenz eingesetzte Kommission von 11 Mitgliedern eine Vorlage ausarbeiten. Von einem Mitglied dieser Kommission sei ein Entwurf für die Bundesstatuten eingereicht worden, der sich auf den alten Satzungen aufbaue. Er, Redner, wolle auch Vorschläge einreichen, in denen der Gehalt des Industrieverbandes klarer betont werde. Mit den kleinen Berufsverbänden sei allmählich auszuräumen. Mit Zwangsmassnahmen sei da wohl nichts zu erreichen, aber der Entwicklung könne man dadurch nachhelfen, daß man die Notwendigkeit einer Veränderung zum Ausdruck bringe. Vorbedingung eines Aufgehens kleinerer Verbände in größeren sei, daß mehr Gleichmächtigkeit in den Unterstützungen geschaffen werde. Der General-Kommission müsse die Pflicht auferlegt werden, auf Einheitslichkeit hinzuwirken. Bei Uebertreten verlieren viele ihre Rechte. Wenn General-Kommission und Vorstandskonferenz auf größere Einheitslichkeit hinarbeiten, so lasse sich ein engerer Zusammenschluß erreichen. — Auch sei eine Reform der örtlichen Gewerkschaftskartelle notwendig, die jetzt niemand mehr bestritten. Sie seien als altes Erbschicksal übernommen worden. Er wolle vorschlagen, daß aus den örtlichen Verwaltungen der Zentralverbände ein geschäftsführender Ausschuss eingesetzt werde, der Aufgaben und Vorlagen erledigt und zur Beschlussfassung die Mitglieder der Ortsverwaltungen zusammenberuft. Die Frage der Einheitsorganisation stehe in letzter Zeit eine große Rolle. Allein die Gliederung der Gewerkschaften nach Gesichtspunkten der Industrieverbände werde auch in Zukunft nötig sein. Dafür habe Berlin ein Schicksal geliefert in der Frage des Kollektivabkommens, das von der Generalversammlung verworfen, von den meisten Branchen angenommen worden sei. Es gelte ein Festhalten an den Industrieverbänden in ihrer jetzigen Gliederung, weil einzelne Berufsfragen nur durch Industrieverbände gelöst werden können. Innerhalb der Gliederung kann auf Vereinheitlichung hingewirkt werden.

Ein Berliner Vertreter teilt Reichels Standpunkt nicht. Die Frage werde durch die Beschäftigten überholt. Die kleinen Gewerkschaften würden von selbst verschwinden durch das Räteystem. Durch dieses werden wir auch große einheitliche Organisationen bekommen. Die Gewerkschaften werden sich auflösen. Das könne nach Jahre dauern, aber die Einheitsorganisation werde kommen.

Ein Vertreter des 5. Bezirks will die Rechte der Gewerkschaftskartelle nicht beschneiden, man solle nicht einem weiteren Bürokratismus das Wort reden. Die Mitglieder müssten zur Gewerkschaftsarbeit herangezogen werden. Er stehe auf dem Standpunkt der Demokratie, es müsse allen Gelegenheiten gegeben werden, mitzutreten. Gegen die Beamten besitze ein gewisses Misstrauen, das nach Möglichkeit zu beseitigen sei.

Ein Bezirksleiter gibt Beispiele aus der Praxis. Die kleinen Verbände müssten verschwinden, sie werfen uns Knüppel vor die Füße und treiben manchmal Tejesadopolitik. Wenn der Vorredner meinte, man solle alles den Beamten in die Hände geben, so habe er, Redner, stets Mitarbeiter gesucht. Aber die Vertreter aus der Werkstatt seien oft bei Verhandlungen mit den Unternehmern nicht gerufen genug. Ein anderer Bezirksleiter versteht nicht, wie man vom Beschneiden von Rechten bei Aenderung in den Kartellen reden könne. Die Hauptsache sei, daß alle Arbeiter zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt werden.

Ein Vertreter des 7. Bezirks erklärt es für die Pflicht des Kongresses, auf Vermittelung der kleinen Verbände hinzuwirken, und er fragt: Was leisten die Kartelle? Nichts! — Ein Vertreter des 9. Bezirks verweist darauf, wie die Wahlen zu den Kartellen zustandekommen. Es seien Zufallsnahmen. In den Kartellen werde keine erspriehliche Arbeit geleistet. Es werde über alles mögliche ge-redet, aber nichts geschaffen. Ein geschäftsführender Ausschuss werde besser arbeiten. Die Vereinfachung der verwandten Verbände sei notwendig. Die kleinen Verbände bringen uns in die schwierigsten Situationen durch ihr eigenmächtiges Vorgehen. Schwierigkeiten bereite auch der Fabrikarbeiterverband durch seine Ansprüche auf Arbeiter, die unbedingt zu unserem Verbande gehören. Wenn die Generalkommission energischer wäre, müssten längst einzelne kleine Verbände aufgehoben sein.

Kollege Zernide führt aus, der Gewerkschaftskongress werde die Frage der Verschmelzung der Verbände wohl nicht lösen können. Die Ansichten des Berliner Vertreters seien nicht durchführbar, denn die Arbeiter würden dazu nicht die Macht haben. Der Gedanke der Einheitsorganisation sei schon auf einem früheren Gewerkschaftskongress eingehend besprochen worden, konnte aber keine Gegenliebe finden. Auch heute findet Gliederung in Fachgruppen noch mehr Anklang. Der Gedanke der Betriebsräte ist keineswegs bei den Arbeitern in dem Maße vorhanden, wie es behauptet wird. Wenn man den Räten die wirtschaftliche Vertretung überlassen werde, gebe es ein buntes Durcheinander, es fehle die straffe Organisation. Der Schneider werde sich nicht vom Schuster in seine betriebswirtschaftlichen Fragen hineinreden lassen. Bei uns sei es das selbe. Darum die Anträge für Berufs-kongressen. Die Gliederung der großen Berufsverbände nach Fachgruppen werde künftig eine größere Rolle spielen. Heute treten Straßenbahner und Eisenbahner am radikalsten auf. Ihnen fehlt die politische Schulung. Diese fallen leicht wieder ins Gegenteil. Das Räteystem wird nicht zur Einheitsorganisation führen.

Ein Bezirksleiter bemerkt, daß die Gewerkschaftsarbeit doch viel komplizierter sei, als sich mancher denkt. Der nach der Einheitsorganisation treibende Gedanke sei politischen Ursprungs. Dadurch sei eine Wahrnehmung der Interessen der einzelnen Berufs-unmöglich. Die Gewerkschaftsorganisation sei doch kein Gebilde, das aus dem Handgelenk geschaffen wurde, sie ist im Laufe der Zeit geworden, weil sie dringend notwendig war, und sie wird dies auch in Zukunft sein. Es komme nicht auf neue Einrichtungen an, sondern daß wir mit möglichst wenig Zeit und Kraft Gutes leisten. Solange wir Gewerkschaftsverbände haben, erheben wir Anspruch darauf, daß Metallarbeiter, die in anderen als reinen Metallindustriebetrieben arbeiten, zu unserem Verband gehören, besonders dann, wenn in den betreffenden Unternehmungen völlig selbständige Nebenbetriebe mit Metallarbeitern bestehen.

Ein Berliner Vertreter führt aus, daß in Berlin durch die Wahlen die Dezentralisation in der Zentralisation anerkannt sei. Bei der Rätefrage komme es darauf an, wie sich der einzelne dazu stelle. Die Räte würden jetzt in der Verfassung anerkannt. Wir müssten Hand in Hand mit ihnen arbeiten. Sie würden sich an uns wenden und den Zustand der Organisation haben müssen. Es könne nur eine Erleichterung unserer Arbeit sein, wenn wir mit ihnen arbeiten. Im Verdegang des Räteystems sei wohl ein Durcheinander das abgeändert werden müsse. Es sei Bedacht darauf zu nehmen, daß Leute mit Schulung und Bildung an die Spitze kommen. Nur wir das nicht, werden wir das Futurum der Arbeiter von neuem verherzen. Die Einheitsorganisation wird in absehbarer Zeit nicht kommen. Wir müssen alles tun, um das Wirtschaftliche anzubahnen. Eine bessere Kontrolle könne über das Kapital nicht ausgeübt werden als durch die Räte. Bezüglich der Kartelle gelte in Berlin das, was Reichel wolle. Die Berliner Gewerkschaftskommission dürfe nur allgemeine, das Gesamtinteresse betreffende Fragen erheben. Mit einem Ausschuss aus den Ortsverwaltungen sei es nicht einverstanden. Man solle die Mitglieder mitarbeiten lassen. Berlin könne sich mit einem so verfeinerten Apparat nicht helfen. Die Metallarbeiter hätten in Berlin auch nur eine Stimme, deshalb sei die Ortsverwaltung nicht schlußfähig geworden, entsprechend unserer Mitgliederzahl Sätze zu ver-langen.

Ein Vertreter des 5. Bezirks bemerkt, über das Räte-system würde die Zeit das Urteil fällen. Wegen der Kartelle könne er sich nicht damit befremden, daß nur aus den Verwaltungen ein Aus-schuss gebildet werde. Die Angehörigen seien auch überlastet, könnten vielfach nicht an den Kartellarbeiten teilnehmen. Die Vertretung der Vertreter in den Kartellen solle nach dem Verhältnis der Mitglieder-geschehen.

Der schon früher zu Wort gekommene Vertreter des 5. Bezirks erwidert auf die gemachten Grundgedanken, man solle vor dem Räteystem nicht der Stolz in den Sand fallen. Die Räte können in die Verfassung und es sei ein Hindernis gegenüber diesen Staats-einrichtungen einer ablehnenden Standpunkt einzunehmen. Es scheint, daß nur das Wort Mai vermag. Die Kartelle hätten erst gearbeitet. Die früheren Wahlschiedscommissionen seien ohne sie nicht möglich gewesen.

Kollege Reichel erwidert: Wir haben den Stolz nicht in den Sand. Es habe sich niemand grundsätzlich gegen ein Räteystem ausgesprochen. Es sind nur lebhaftere Bedenken vorhanden, weil viele unklar Kopfe die Gewerkschaften ausschalten wollen. Wir dagegen seien überzeugt, daß die Gewerkschaften auch in einem sozialistischen Staat notwendig sind. Wir hoffen, daß die Zeitgenossen für einen größeren Einfluß für Kommunisten der Arbeiterauschussmitglieder. Das System der Räte, aber wie man diese nennen will, kann nicht weichen, aber wir werden die Gewerkschaften nicht ausschalten lassen, diese entsprechen einem ursprünglichen Bedürfnis, ohne sie können nicht gehandelt werden. Sein Vorbehalt über die Kartelle sei noch kein - 1 an den Kongress. Er hoffe, daß die Kommission zur Auf-klärung der Rätefrage eine Aenderung der Kartelle anstreben. Überhaupt dürfe man aus dem gehen, daß wir nicht für, was den gegenwärtigen Standpunkt anbelangt, unbedingt mitzugehen. In Zukunft solle man sich für einen Wandel der Kartelle entscheiden. Das ist eines der wichtigsten Schlagworte, die immer wieder aufzusuchen. Der vorgeschlagene Ausschuss solle die Geschäfte führen, und die Mitglieder der Ortsverwaltungen zu unterstützen. In den Ortsverwaltungen sind doch die Kollegen, die im Arbeitsverhältnis stehen. Ein solches Demokratie als durch ihre Herangehörung könne man sich aber denken, sie seien durch die Mitglieder gewählt. Das die Einheitsorganisation anlangt, so sei während der Revolution der Gedanke der beruflicher Einigung ja gar nicht unpassend hervorgehoben, zum Beispiel durch Erhaltung eines geschlossenen Verbandes. Dagegen müßten wir uns wenden, für welche Zeit bedingt die Zentralisation.

Ein weiterer Berliner Vertreter führt aus, er habe auch Be-denken gegen die Herabsetzung anderer Kopfe, aber wir können und darf-

wollten uns in das Räteystem eingliedern. Die Einheitsorganisation würde auf Grund des Räteystems kommen, deshalb halte er auch den Bund der Gewerkschaften überflüssig. Das Vertrauen zu den Gewerkschaften sei erschüttert. Bei dem Räteystem könnten wir jeden Augen-blick neu wählen. Den Beamten fehle der vorwärtsstrebende Impuls. Mit einer Aenderung der Kartelle sei er einverstanden, wenn die Rechte der Mitglieder nicht geschmälert werden.

Ein Bezirksleiter ist nicht der Meinung, daß durch das Räteystem alles überholt wird. Dabei handelt es sich auch nur um ein Wort. Die Hauptsache sei aber erspriehliche Tätigkeit, das Wort Nebenfrage. Als praktischer Gewerkschafter finde er sich mit den Tatsachen ab. Wenn Einrichtungen ihren Zweck nicht mehr erfüllen, solle man nicht aus lauter Achtung vor der Demokratie alles beim alten lassen. Das Vertrauen zu den Gewerkschaften werde vielfach erschüttert durch unlaute Elemente. Aber wir würden nicht diese un-gedehnte Entwicklung der Gewerkschaften haben, wenn das Vertrauen zu ihnen so erschüttert wäre, wie behauptet wird.

Kollege Zernide führt aus, wir seien doch Mitglieder einer Organisation und sollten es deshalb unterlassen, nach dieser und jener Seite zu reben, sonst wäre die Beratung unfruchtbar. Das Räte-system ist lediglich eine Aenderung des Ausdrucks, im übrigen eine alte Sache. Für uns handelt es sich stets darum, wie der Einfluß der Arbeiter auf wirtschaftlichen Gebieten gestärkt werden könne. Bei der Politik würden stets wirtschaftliche Interessen mitspielen. Im Räte-system selbst drücke sich keine Macht aus, hinter den Räten müsse eine Macht stehen, und diese liege in der Organisation der Arbeiter. Nur aus ihr fliehe die Macht. Alle technischen Hilfsmittel bei der Waren-erzeugung nützen uns nichts, wenn wir nicht auch Herz und Hirn der Menschen gewinnen. Das sei nur durch Organisation möglich. Wir wenden uns nicht gegen die Räte, aber dagegen, daß diese alle Macht in den Betrieben bekommen. Dadurch sei die Arbeiterkraft stark gefährdet. Redner führt ein Beispiel aus einem Betriebe an, in dem die Arbeiter jetzt schon alle Macht ausüben, womit er zeigen wolle, wie die wenigen Monate schon eine andere Auffassung über die Verhältnisse vor sich gegangen sei. Deutschland könne keine Dasein in der kapitalistischen Welt schaffen. Der große Teil der körperlichen und geistigen Arbeiterkraft habe das Wesen der Sozialisierung noch nicht begriffen. Jeder legt sie nach seinem Geschmack aus. Die Betriebsräte werden nötig sein, das ist schon längst unser Standpunkt, aber sie können nur wirkungsvoll arbeiten, wenn sie in wirtschaftlichen Organi-sationen zusammengearbeitet werden.

Die Aussprache über die von Reichel angeregten Fragen war damit erledigt. Mit allen gegen eine Stimme bei einigen Enthaltungen erklärte sich der Beirat damit einverstanden, daß Reichel in dem von ihm dargelegten Sinne bei Abfassung der Bundesstatuten wirke.

Im Laufe der Aussprache war von einem Vertreter des 3. Bezirks die Anregung gemacht worden, die Delegierten zum Gewerkschaftskongress zu beauftragen, den Antrag zu stellen, daß der § 616 des A.G.B. zwingendes Recht werde. Dem stimmte der Beirat zu.

Zur Wahlkreiseinteilung und zum Wahlreglement für die Abgeordnetenwahlen zum Gewerkschaftskongress hat der Vorstand eine Vorlage unterbreitet. Zur Wahlkreiseinteilung wurden zwar verschiedene Wünsche auf Ab-änderung geäußert, schließlich aber wurde ihr und dem Reglement zu-gestimmt. Die Wahl wird an einem Sonntag im Mai vor-genommen werden. Für die Zahl der Abgeordneten wird die Mitgliederzahl am 31. März 1919 zugrunde gelegt. Nach dem Be-schluß unserer Pommerschen Generalversammlung entstehen wir statt auf 5000 auf 10000 Mitglieder einer Abgeordneten. Danach ergeben sich bei unserer Mitgliederzahl ungefähr 100 Abgeordnete.

Beim Eintritt in die Beratung der Stellungnahme zur Generalversammlung im November gefragt worden sei, die General-versammlung müsse verschoben werden. Auch jetzt müßte der Vorstand vorschlagen, sie bis zum Herbst zu verschieben. Die Jahresabrechnung könne nicht so zeitig wie früher fertiggestellt werden, auch andere Arbeiten seien im Rückstand. Der Vorstand schlage vor, die General-versammlung vom 7. bis 13. September abzuhalten. Zu einem früheren Zeitpunkt sei nicht fertig zu werden. Wegen Verschiebung der Sitzung konnte es auch nötig werden, sich nicht an den Termin zu halten. Ueber den Ort könne hier nicht bestimmt werden, die Kölner General-versammlung habe sich für Kiel erklärt.

Ein Berliner Vertreter fällt die vom Vorstand vorgeschlagene Zeit für angemessen, weil auch sie die Stellungnahme zur General-versammlung stark in Anspruch nehme.

Der Beirat beschließt nach dem Vorschlage.

Zur Tagesordnung der Generalversammlung wird von Reichel bemerkt, daß der Vorstand dafür die üblichen Punkte vorschläge, darunter selbstverständlich auch eine Aenderung der Satzung, die einen größeren Zeitraum einnehmen werde. Der Vorstand schlage keinen allgemeinen Vortrag vor, weil er doch wieder abgelehnt werden müßte. Ueber die Arbeitsgemein-schaften werde ehedem gesprochen werden beim Vorstandsbericht und bei der Berichtsprache über den Gewerkschaftskongress.

Ein Berliner Vertreter meint, die vom Vorstand vor-geschlagene Tagesordnung reiche nicht, er beantrage als 3. Punkt Arbeitsgemeinschaften und als 4. Punkt Betriebs- und Arbeiterräte je mit Referenten und Korreferenten.

Ein Bezirksleiter ist gegen diese Anträge. Beim Vorstands-bericht werde das alles zur Sprache kommen. Durch besondere Referate würden wir alles das doppelt bekommen. Es könne auch innerhalb der Aussprache über den Vorstandsbericht einem Redner eine längere Redezeit gewährt werden, wenn dazu überhaupt ein Bedürfnis vor-liegen sollte.

Ein Berliner Vertreter stimmt dem Vorsitzenden zu, wenn einem Redner unbegrenzte Redezeit gewährt werde. Ein anderer Ber-liner Vertreter will zwei so wichtige Punkte nicht mit dem Vor-standsbericht verknüpfen. Wir müßten den Kollegen Bedingung fragen, daß sie richtig Stellung nehmen können.

Ein Bezirksleiter betont, die Tages seien noch nicht so weit fortgeschritten, daß wir uns hier schon festlegen könnten.

Ein Vertreter des 5. Bezirks will, da Betriebsräte dieser Sommer gesetzlich eingeführt werden, diese als besonderen Punkt aufgeführt werden. Der Sitzung im Laufe sei mehr Rechnung zu-tragen.

Ein Bezirksleiter hält es für richtig, jetzt schon Referate vor-zulegen. Wir wüßten nicht, wie Arbeitsgemeinschaften und Räte-jahre beschaffen sein werden. Wir sind keine Gegner, man solle sich das endlich entscheiden. Auf der Generalversammlung brauche man auch die Zeit nötig zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.

Ein Mitglied des Ausschusses meint, daß viele Reden auf der Generalversammlung doch nur für das Protokoll gelehrt werden. Wenn noch zwei besondere Punkte zu behandeln wären, müßte doch einer wegen Platzmangel abgelehnt werden.

Reichel ist dagegen, daß Arbeitsgemeinschaften und Betriebs-räte als besondere Punkte behandelt werden sollen. Die Arbeits-gemeinschaften gehören heute schon zum Teil zu unserer Tätigkeit. In nächster Zeit werden wir mit den Reichsorganisationsstellen in Fühlung kommen, in den nächsten Monaten viel damit zu tun haben. Der Vor-stand müßte die Möglichkeit haben, über seine Tätigkeit zusammen-hängend zu berichten. Das Räteystem werde voranschreitend nach-jam Gegenstand unserer Tätigkeit werden, um es praktisch auszu-gestalten.

Ein Bezirksleiter bemerkt, gegen das Räteystem sei nie-mand unter uns, das sei nur Konfliktmaterial. Ein besonderer Vortrag sei also unnötig. Unser grundsätzlicher Standpunkt müßte sein, für welche Rätebilder wir größten Interesse hegen wollten.

Darauf schloß der erste Sitzungstag. (Schluß folgt.)

Wollen die Wälder in Louisiana Früchte haben, so sollen sie den Damm an der Wurzel. Dies ist die despotische Regierung.

Der Eindruck an eine Organisation ist eine ständige Pflicht für Arbeiter, der er sich nicht ohne zureichende Gründe entziehen darf.

### Unser Verband in der 239. Woche nach Kriegsausbruch

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung usw. in der 16. Woche des Waffenstillstandes ist in nachfolgender Uebersicht dargestellt. Hierzu fehlen die Berichte von nachstehenden Verwaltungen: Graudenz, Gumbinnen, Köslin, Posen, Thorn, Teterow, Elstertal, Brieg, Hainau, Guben, Guben, Neiß, Zambitz, Eberswalde, Kirchhain, Landsberg a. B., Neu-Kruppin, Oronienburg, Senftenberg, Torgau, Werder, Briesen, Gohndorf, Obernau, Neiden-bach i. Vogtl., Riesa, Artern, Verla, Wartenburg i. Th., Clausthal, Duderstadt, Eisenberg, Getha, Göttingen, Harzgerode, Schiershausen, Jmenau, Rappbütte, Mühlhausen i. Th., Neustadt a. O., Nordhausen, Quedlinburg, Ruhla, Schmalkalden, Sömmerda, Tangermünde, Zeulenroda, Jorze, Delmenhorst, Cernförde, Gesehacht, Müllstadt, Heide, Jyehoe, Leer, Lüneburg, Norden, Oldenburg, Minneberg, Schleswig, Barf, Begejad, Bebel, Aachen, Düren, Lippstadt, West-mann, Minden, München-Gladbach, Seinhäusen, Warstein, Wendorf, Diederhofen, Erbach, Geisenheim, Höchst, Marburg, Meß, Saarbrücken, Siegen, Trier, Wallau, Wiesbaden, Achem, Freudenstadt, Kehl, Lahr, Lambrecht, Lörrach, Neustadt a. d. S., Nürtingen, Oggersheim, Bir-masens, Nienzen, Reutlingen, St. Georgen, Schweningen, Speyer, Trieburg, Zweibrücken, Bamberg, Landsberg, Landshut, Passau, Berlin

Uebersicht über die Zeit vom 23. Febr. bis zum 1. März 1919

Verwaltung	Verwaltungstellen haben besetzt	Mitgliederzahl am Anfang der Woche	Davon vom Beirat entlassen	Mitgliederzahl am Ende der Woche	Davon arbeitslos	Davon zum Beirat ernannt	Davon zum Beirat ernannt	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung		
1.	27	7	37400	119	415	49	36935	604	1,63	3035
2.	29	6	61387	103	534	28	60853	607	1,00	3416
3.	24	9	23314	90	146	15	23168	1034	4,46	4405
4.	46	4	128030	982	1002	207	127028	12630	9,90	57205
5.	60	22	109359	712	670	52	108689	3272	3,01	20189
6.	27	15	95754	249	1806	40	93768	8498	9,06	28145
7.	26	8	925437	491	2875	98	222562	3038	1,77	24873
8.	20	12	49514	236	551	21	48960	1966	4,02	6802
9.	31	17	87995	393	956	7	87039	3322	3,82	19867
10.	38	4	63447	192	629	14	62818	6374	10,15	38824
11.	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—

Zusammenfassung: 328 105 381457 3547 9587 531 871870 42195 4,84 206711

Einschließlich der im Laufe der Woche zugewandten, Neuzugewandten und vom Beirat Entlassenen.

Zu der Berichtswache wurden, soweit Berichte eingegangen sind, 23490 neue Mitglieder aufgenommen.

Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder ist gegen die Vorwoche um 0,36 v. H. der berichteten Mitgliederzahl zurückgegangen.

Die Zahl der krank gemeldeten Mitglieder weist gegen die Vorwoche in keinem Bezirk eine nennenswerte Aenderung auf. Sie beträgt im Durchschnitt 1,02 v. H. der berichteten Mitgliederzahl gegen 1,07 v. H. in der Vorwoche. Sie ist wieder am höchsten im 8. Bezirk mit 1,55 v. H., am niedrigsten im 2. Bezirk mit 0,52 v. H. der berichteten Mitgliederzahl. Die berichtete bezahlte Unterstützung beträgt 72379 M.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 30. März der 14. Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. März bis 5. April 1919 fällig ist.

Für die Bezirksleitung im sechsten Bezirk wird zum sofortigen Antritt ein

### Hilfsarbeiter

gesucht. Die Bewerber müssen mit allen Einrichtungen des Verbandes vertraut sein, insbesondere müssen sie schriftliche Arbeiten (Tabellen usw.) für Zweckzwecke anfertigen und in der sonstigen Korrespondenz bewandert sowie agitatorisch tätig sein. Bevorzugt werden Kollegen, die maschinenscribe können. Die Bewerber müssen seit längerer Zeit organisiert sein. Die Befolgung erfolgt nach den Beschlüssen der Generalversammlungen in Breslau und Köln. Die Bewerbungen sind bis zum 5. April zu richten an den Bezirksleiter Otto Schulz, Hamburg 1, Befendlindehof 57.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragszahlung
	I	II	III	
Bayreuth	10	10	10	1. April.
Hannenburg a. S.	5	5	5	14. Beitragswoche.
Gronau	10	—	10	1. April.
Gumbinnen	5	—	—	1. "
Harzberg	10	—	5	1. "
Torgau	10	10	10	1. "
Neiße	10	10	10	1. "
Minden	—	15	5	1. "
Reichenhagen	10	10	10	1. "
Nördlingen	10	—	10	1. "
Wronnen i. Allg.	10	—	5	1. "
Pfaffstadt	20	—	10	14. Beitragswoche.
St. Georgen	20	15	15	1. April.
Sooß	10	10	—	1. "
Trieburg	20	15	15	1. "
Willingen	20	15	15	1. "
Wittenberg	10	—	—	1. "

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutärer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungstelle Essen; Der Neobildner Gustav Bohning, geb. am 4. Mai 1889 zu Essen, Buch-Nr. 2580890, wegen Denunziation.

### Warnung!

Nach uns zugegangenen Mitteilungen werden von Agenten ge-lante Arbeiter, besonders Dreher, Schlosser, Elektromonteur usw. für Amerika und Japan angeworben.

Wir warnen unsere Kollegen, diesen Werbungen Gehör zu-lassen, solange der Friedensvertrag nicht abgeschlossen ist und auch für die Deutschen allgemein wieder bessere Verhältnisse in den Ländern unserer derzeitigen Gegner bestehen. Solange das nicht der Fall ist, hat kein Kollege Sicherheit für die Einhaltung eines ab-geschlossenen Vertrags.

Dazu ist heute mehr wie in der Zeit vor dem Krieg eine genaue Kenntnis der Arbeitsverhältnisse der Lebens- und Machtverhältnisse in den in Frage kommenden Ländern notwendig, um überhaupt die Tragweite von Verträgen ermessen zu können.

Sir werden uns bezüglich der Arbeits- und Lebensverhältnisse durch Vermittlung des Internationalen Metallarbeiter-Bundes mit

den in Frage kommenden ausländischen Metallarbeiterorganisationen beifügen die Verhältnisse in Verbindung stehen.

Wie unwahrscheinlich die Angaben der Agenten sind, zeigt die Behauptung, daß der Metallarbeiterverband in Japan (!) an den Deutschen Metallarbeiter-Verband das Ersuchen gerichtet habe, eine Anzahl von Leuten nach Japan zu überweisen. Weiter wird von den Agenten behauptet, daß der Metallarbeiterverband 15 täglich an die Frauen verheirateter Arbeiter bezahle und dergleichen mehr. Alle diese Behauptungen sind aus der Luft gegriffen. Eine Vereinbarung mit dem Metallarbeiterverband in Japan besteht nicht, kann nicht bestehen, weil wir keine Verbindung mit Japan haben und nicht einmal feststellen können, ob dort ein Metallarbeiterverband besteht.

Wir ersuchen unsere Kollegen, uns oder der ausländigen Verwaltung sofort Nachricht zu geben, wenn Agenten behufs Werbung von Arbeitskräften für das Ausland antauchen. Unsere Verwaltungen ersuchen wir um sofortige Berichterstattung, wenn ihnen solche Anwerbungsfälle gemeldet werden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zuzug ist fernzuhalten.

von Metallarbeitern nach Wittenberg (11 Firmen) Str.; von Schmieden, Schloßern, Posierern und Packern nach Schmalkalden (Magnezfabrik v. Braun).

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Aus den Verbandsbezirken

Neunter Bezirk.

An die Mitglieder der Verwaltungstellen Furtwangen, Hornberg, Triberg, St. Georgen und Bilingen.

Werte Kollegen! Fast einstimmig haben die vom 15. bis 17. d. M. abgehaltenen Versammlungen beschlossen, für den Schwarzwald eine Kreisverwaltung zu errichten und einen Geschäftsführer anzustellen. Die Verwaltung St. Georgen hat nun in einer überaus gut besuchten Mitgliederversammlung beantragt:

„daß der Sitz der Geschäftsstelle St. Georgen und nicht Bilingen werden soll.“

Die Begründung des Antrags geht davon aus, daß die Lage von St. Georgen eine zentraler gelegene ist, wie die von Bilingen, und daß die Industrie in St. Georgen erheblich stärker und vielfältiger ist, wie die in Bilingen. Diese Gründe sind nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen und die Bezirksleitung überläßt die Entscheidung darüber den Mitgliedern der Verwaltungstellen.

Es findet deshalb am Sonntag den 6. April 1919 im örtlichen Verkehrslokal

eine geheime Abstimmung

statt, die endgültig über den künftigen Sitz der Geschäftsstelle entscheidet. Die Abstimmungszeit wird festgesetzt auf die Zeit von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 3 Uhr. Jedes an der Abstimmung teilnehmende Mitglied hat sich durch sein Mitgliedsbuch oder die Mitgliedskarte auszuweisen, sich in die im Lokal aufliegende Liste persönlich einzuschreiben und den vorgeesehenen Stimmzettel zu verwenden.

Auf dem Abstimmungszettel darf nur der Name eines Orts eingetragen werden, entweder Bilingen oder St. Georgen. Stimmzettel, die den Namen einer andern Verwaltung enthalten, sind ungültig.

Vollständige Beteiligung der Mitglieder an der Abstimmung halten wir für selbstverständliche Pflicht.

Die Bezirksleitung.

Berichte

Gütnenarbeiter.

Oberschleien. Stellungnahme der organisierten Metallarbeiter Oberschleiens zur Sozialisierung der Gütnenwerke. Von der Arbeitsgemeinschaft für die Metallindustrie Oberschleiens war eine Vertrauensmännerkonferenz einberufen, die am Sonntag den 9. März im Rottwitzer Apollo-Theater tagte und von circa 700 Vertretern besucht war. Griseff vom Gewerksverein (G.-V.) eröffnete die Versammlung mit Bekanntgabe obiger Tagesordnung und wies auf die Notwendigkeit der Aussprache über die Sozialisierungsfrage hin. Handte (Bezirksleiter vom D.-M.) behandelte die Frage, ob eine Sozialisierung möglich und ob die gegenwärtige Zeit dazu geeignet ist. Die Sozialisierung könne nicht so behandelt werden, daß eine Anzahl Arbeiter zum Betriebschef ginge und erlärten: Von jetzt ab sind wir die Herren, der Betrieb ist sozialisiert und Ihre Herrlichkeit ist zu Ende. Ein Beschluß zur Sozialisierung sei eine Kleinigkeit, aber das Wie hänge von einem andern Blatte. Die Sozialisierung ist nicht allein eine Frage der Vergeßlichkeit der Betriebe, sondern es muß auch erwogen werden, ob eine solche grundlegende Veränderung zum Vorteil oder Nachteil der Arbeiterklasse ausfällt. Bevor die Umwandlung Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat vollzogen war, mußte ein Mangel an lohnender Arbeitsgelegenheit als auch an genügender Ernährungsmöglichkeit festgelegt werden. Als Beweis führte Redner Zahlen an, wonach die Auswandererzahl in Deutschland von 1880 bis 1900 1 362 000 Personen betrug, 1900 bis 1910 dagegen nur noch 279 600. 1882 waren 12 v. H. der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt und 3,5 v. H. in der Industrie, während 1907 nur 2,7 v. H. in der Landwirtschaft und 42,8 v. H. in der Industrie arbeiteten. Daraus geht hervor, daß eine Umwandlung zum Industriestaat sich vollzog. Die Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt machte sich im Verlauf der Jahrzehnte so bemerkbar, daß Deutschland als Lieferant einer immer bedeutendere Rolle spielte. Das ist bei Rohstoffeigenschaften schon auffallend. In Deutschland von allen liefernden Ländern an zweiter Stelle mit 17,8 Millionen Tonnen steht. Einen ähnlichen Vergleich kann man bei der Beteiligung an Welthandel ziehen. Die Zunahme des Gesamtwarenhandels von 1873 bis 1913 betrug für Deutschland 344 v. H., für die Vereinigten Staaten 272 v. H., für England 108 und für Frankreich 90 v. H. Daraus geht hervor, daß Deutschland als Verkäufer in Betracht kommt. Nur ist die Frage so zu stellen, ob bei einer revolutionären Veränderung der Verwaltungsmethode und in der Leitung sowohl in kaufmännischer wie technischer Beziehung, wie es eine Sozialisierung mit sich bringt, der Industriestaat zurzeit sich so günstig entwickeln würde, wie es für uns, für die Gesamtheit notwendig ist. Dieses bezweifelte der Redner. Er verwies auf drei Arten von Sozialisierung, der staatlichen, der gewerkschaftlichen und der kommunikativen. Nach Erläuterungen jeder dieser drei Arten wies Redner auf die Vorzüge für die Allgemeinheit hin, die bei einer staatlichen Sozialisierung in Betracht kämen. Dagegen wäre es eine Ungerechtfertigkeit, wenn die Arbeiterklasse eines Großbetriebes den einzigen Hebel für sich allein verwenden würde, während die Arbeiter und Arbeiterinnen in kleineren und nicht rentablen Betrieben dann an einer solchen Genossenschaft nicht beteiligt wären. Man könne doch etwaige Hebel für eine Sozialisierung zu humanen und sozialen Zwecken, bei Renten usw. verwenden. Man sage es sich, ob die Zeit für ein derartiges Experiment als geeignet erscheint. Redner verneint dies und beruft sich auf eine Reihe von Neuzugungen verschiedener Arbeiterführer und Sachverständiger. Die Regierung hat den Weg gezeigt, der beschritten werden muß, indem sie einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, wonach durch entsprechende Maßnahmen die Sozialisierung in Angriff genommen wird, und zwar zunächst dort, wo es möglich ist und einen Erfolg verspricht. Alles und zu schnell

kann man auf einmal nicht erreichen und deshalb sollte man keine unnützen Behürdungen hegen, keiner Beeinflussung von unberufenen und unerantwortlicher Seite nachgeben und nichts Unmögliches fordern. Die wirtschaftliche Blockade der Exporte wird noch ausgelastet wie während des Krieges, und deshalb sind die Verhältnisse keine normalen. In solchen Zeiten zu experimentieren, ist geragt. Es ist besser, schrittweise die Sozialisierung zu ermöglichen. Redner empfahl folgende Resolution: „Die am 9. März tagende Vertrauensmännerkonferenz der in der Metallindustrie Oberschleiens beschäftigten Arbeiterklasse erkennt im Prinzip die Sozialisierung der Metall- und Eisenhüttenwerke an, um auch dadurch die Wohlfahrt der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung auf volkswirtschaftlicher und sozialer Grundlage fördern und verbessern zu können. Mit Rücksicht auf die eigenartige Stellung Deutschlands als Industriestaat auf dem internationalen Weltmarkt kann nur eine planmäßige, auf gegenseitigem Wege durchgeführte Tätigkeit die notwendige Vorarbeit ermöglichen und entsprechende Vorbedingungen schaffen, welche für eine Sozialisierung erforderlich sind. Außerdem kommen die zurzeit noch bestehenden schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands in Betracht, welche durch den Krieg selbst und durch die wirtschaftliche Blockade der Exporte es auch erschweren, eine sofortige Sozialisierung im einzelnen wie im allgemeinen vorzunehmen. Aus allen diesen Gründen begrüßt die Vertrauensmännerkonferenz den Entwurf des Sozialisierungsgesetzes und erwartet, daß die erforderlichen Maßnahmen von der gesetzgebenden Körperschaft so beschlossen werden, wie es für die Entwicklung Deutschlands sowie für eine den Menschen würdige Verwertung seiner Arbeitskraft und für das Gesamtinteresse der Bevölkerung Deutschlands notwendig ist.“ Wiezorek von der polnischen Berufsvereinigung hielt sein Referat in polnischer Sprache in demselben Sinne wie Handte. In der Aussprache bemerkte Ritter vom Christl. M.-V., daß er der Resolution nicht ganz zustimmen könne. Eine Reihe von Rednern vertraten die Meinung, daß eine sofortige Sozialisierung stattfinden müsse. Man verwies auf die großen Gewinne und Millionenüberschüsse während des Krieges und der vorherigen Jahre. Die jetzigen Zeiten müßten auch bei einer Sozialisierung ihre bisherige Tätigkeit ausüben. Die Arbeiterklasse drängt danach, daß diese Frage bald geregelt würde, wenn dieses nicht geschieht, dann müsse man mit einem Massenstreik die Verwirklichung der Sozialisierung erzwingen. Eine Anzahl anderer Redner warnten vor einem zu eiligen Vorgehen und betonten, daß eine Sozialisierung des Versicherungswesens, der Kranken- und Sterbekassen auch stattfinden müsse. Von Griseff wurde die ganze Frage eingehend erörtert, auch er mahnt zur Mäßigkeit. Vorher ihm macht noch einmal Handte auf etwaige Folgen aufmerksam und meint, auf einen Massenstreik kann auch oft ein Massenleben in der jetzigen Zeit folgen. Uns trennt nur die Frage der Inangriffnahme der Sozialisierung. Viele wollen es sofort versuchen, die Gewerkschaftsvertreter wollen nach dem Wortlaut der Resolution eine planmäßige Vorarbeit und durch gesetzliche Maßnahmen entsprechende Vorbedingungen erst schaffen. Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wurde mit großer Mehrheit angenommen und nach nochmaliger Berlesung der Resolution dieselbe mit allen gegen 20 Stimmen angenommen. Damit war die Konferenz beendet.

Metallarbeiter.

Bradell bei Dortmund. In der Versammlung am 1. März berichtete Kollege Armes über Lohnstreikigkeiten der Zechenmetallarbeiter. Sämtliche anwesenden Kollegen kamen zu dem Ergebnis, daß für die Zechenmetallarbeiter der Deutsche Metallarbeiter-Verband die beste Organisation ist, die ihre Interessen vertritt und bessere Lohnverhältnisse schafft.

Frankfurt a. M. Am 5. März hielt die hiesige Verwaltungstelle ihre Jahresversammlung im Kaufmännischen Vereinshaus ab, die sehr gut besucht war. Aus dem zuvordurchliegenden Geschäftsbericht gab der Vorsitzende Kollege Bernatz die wichtigsten Punkte wieder. Es wurden 9 Lohnbewegungen durchgeführt, an denen 2051 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren. Die Lohnaufbesserungen betragen die Woche 238 596 M. In vielen Betrieben wäre mehr erreicht worden, wenn die Arbeiter den Wert der Organisation erkannt und ein wenig mehr Energie an den Tag gelegt hätten. Erstreckung der Revolution nachgeholt werden. Die wichtigste Sache war die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Schon vor dem Kriege arbeiteten in Frankfurt 20 000 Metallarbeiter 51 bis 54 Stunden die Woche, so daß es in der Zeit der schlechten Ernährung besonders notwendig erschien, die 35stündige Arbeitszeit abzulassen. Es bedurfte aller Anstrengung der Organisation, um die prinzipielle Stellung des Verbandes der Metallindustriellen zu durchbrechen, der an der 35stündigen Arbeitszeit festhielt. Die Verkürzung erstreckt sich auf 43 Betriebe mit 12 504 Beschäftigten, von 56 auf 51 bis 54 Stunden. Die Revolution hat ganze Arbeit gemacht und uns alte Forderungen, den Achtstundentag, um den wir jahrzehntelang gekämpft haben, erfüllt. Die im Januar vom Arbeiterrat beschlossene 35stündige Arbeitszeit infolge Kohlenmangels und großer Arbeitslosigkeit kann auf 45 Stunden verlängert werden, wenn sie begründet ist, das heißt, wenn genügend Aufträge die Befehle aller Arbeitsplätze nötig machen und die Arbeiterschaft ihre Zustimmung dazu geben. Die Zahl der arbeitslosen Metallarbeiter für Groß-Frankfurt betrug am letzten Samstag 1817. Die Arbeitslosenquote ist in den letzten Wochen etwas zurückgegangen, was auf die fleißige Mitarbeit der Arbeiterschaft zurückzuführen ist. Leute, die während des Krieges erst Metallarbeiter geworden sind und weiter weg auf dem Lande wohnen, oder sonst noch ein Geschäft betreiben, sollten jetzt den eigentlichen Stammetallarbeitern Platz machen. Die Verwaltung steht zurzeit mit dem Verband der Metallindustriellen in Verhandlungen über bestimmte Einstellungspläne, um dem Angebot von niedrigen Löhnen vorzubeugen, was von einem großen Teil der Unternehmer versucht wird. Damit soll den Arbeitslosen ein bestimmter Anfangslohn garantiert sein, für den sie die Arbeit aufnehmen können. Die Ausschichten in diesem Jahre sind nicht die besten, wir brauchen Arbeit und Brot. Wenn auch zunächst im eigenen Lande genügend Arbeit vorhanden wäre, so fehlt es an Rohstoffen und rollendem Material. Das sind die Folgen von 4 1/2 Jahren Krieg, den die Kriegsheker auf dem Gewissen haben. Der Arbeiterklasse tue eine Einigung nach links not, damit sie um die Erzeugnisse der Revolution nicht gebracht wird. Zum Schluß mußte aber gesagt werden: wir lassen uns weder von einem inneren noch äußeren Kapitalismus unterjochen, und wenn die Enklave ihre maßlosen Forderungen aufrecht erhält, so gibt es nur eine Antwort: Holt es euch! Dann müssen wir auch als Gewerkschafter sagen: lieber ein Ende mit Schreden als ein Schreden ohne Ende. Den Kassenbericht gab der Kollege Ulrich. Die Mitgliederzahl ist von 4000 auf 13 000 am Schluß des Jahres gestiegen und beträgt heute bereits 15 000. 2000 Mitgliedsbücher sind nach von Kriegsteilnehmern vorhanden. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse betragen 240 192,26 M. An die Hauptkasse gingen 103 000 M. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalasse betragen 110 526,09 M. bleibt ein Vermögensbestand von 80 725,13 M. Die Mitgliederzahl ist erheblich gestiegen. Es gilt nun, sie zu halten und zu tüchtigen Kämpfern zu erziehen. Leider muß gesagt werden, daß es erst einer Revolution bedurfte, um die Arbeiterschaft zu organisieren. Zu der Aussprache, die zum größten Teil politischen Charakter hatte, wurde unter anderem die Lehrlingsfrage behandelt und von der Verwaltung verlangt, ihren Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß die Lehrlinge von vier Jahren herabgesetzt und eine bestimmte Entschädigung in Anbetracht der kurzen Zeit eingeführt wird.

Friedrichshafen. Wir teilen unseren Kollegen mit, daß mit Wirkung vom 1. April 1919 die Unterstützungskasse der Firma Rotorenbau Rastbach O. u. M. G. Friedrichshafen als aufgelöst zu betrachten ist. Der Arbeiterausschuß.

Magdeburg. Zur Generalversammlung der hiesigen Verwaltung hielten die Mitglieder am 23. Februar in so großer Zahl teil, daß die Räumlichkeiten des „Walhalltheaters“ sie kaum zu fassen vermochten. Eröffnete die Versammlung mit einer Begründung der Mitglieder und einer Ehrung der seit der letzten Generalversammlung gestorbenen und als gefallen gemeldeten Kollegen. Er gedachte sodann mit herzlichsten Worten der Tätigkeit Kurt Gierers

für das Proletariat und die Revolution, dessen Mord er als Gewalttat der Gegenrevolution bezeichnete. Zum Geschäftsbericht der Verwaltung bemerkte Brandes einleitend, daß die Revolution auch der Gewerkschaftsbewegung erhebliche Vorteile gebracht, während die Pläne der Schatzmacher zerstört hat. Das Arbeitsverhältnis hat andere Formen angenommen. Die Verhandlung hat mit den Unternehmerorganisationen Vereinbarungen getroffen, welche die Willkür bei Einstellungen oder Entlassungen verhindern. Das Mahregelungsbüro der Unternehmer, ihr Arbeitsnachweis, ist beseitigt. Den Betriebsbeamten sind im Verkehr mit der Arbeiterschaft die Grenzen gezogen, welche die früher üblichen Schläner ausschließen. Die Einrichtung von Schiedsgerichten gegen ungebühr handelnde Betriebsbeamte habe sich bewährt. Die Arbeitszeit ist geregelt. Die Motorarbeit mit Rücksicht auf das zerrüttete Wirtschaftsleben zwar nicht beseitigt, wie vielfach gewünscht, wohl aber Sicherungen gegen ihre Schäden getroffen. Für die Motorarbeiter und für die einzelnen Gruppen der Lohnarbeiter sind Mindestlohnbestimmungen vereinbart, die für die gering verdienenden Gruppen erhebliche, allerdings auch dringende Verbesserungen der Löhne bedeuten. Die Stellung der Arbeiterausschüsse ist eine wesentlich bessere geworden. Sie bestimmen jetzt mit alle Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Für die Verwaltung ist die Arbeit sehr groß gewesen, auch in der inneren Verwaltung. Die Krankenzahl betrug an den einzelnen Stichtagen 250 bis 514, die Arbeitslosenquote stieg im Februar auf 519. Dazu kommt die Anzahl der städtischen Erwerbslosenfürsorge, zuletzt an circa 1400 Metallarbeiter, wozu allein drei Arbeitskräfte erforderlich sind. Dazu kommen die Anmeldungen der zurückkehrenden Kriegsteilnehmer, die Abmeldung der von Magdeburg verzehenden und ganz besonders die Aufnahme neuer Mitglieder. Die Mitgliederzahl ist hier jetzt auf 15 000 gestiegen. Die Metallarbeiter haben den Wert der Organisation erkannt. Jetzt müssen sie geschult werden, um die großen Aufgaben erfüllen zu können, die der Arbeiterbewegung noch harren. Das soll unsere Arbeit im laufenden Jahre sein. — P. Schreiber berichtet über die Revisionen und beantragt Entlastung der Verwaltung, die einstimmig erteilt wird. Nach der Lehrtaten, aber sachlichen Aussprache wurden folgende Anträge angenommen: 1. Die Generalversammlung fordert vom Hauptvorstand die schleunige Einberufung eines Verbandstags. 2. Der letzte Bevollmächtigte, Kollege Brandes, soll verpflichtet sein, beide sozialdemokratische Parteien und auch die Kommunisten zu einer großen gemeinsamen Versammlung zum Zwecke der Einigung einzuladen. 3. Die Generalversammlung protestiert gegen den Entzug der preussischen Regierung wegen des Nachtrags zur Erwerbslosenfürsorge vom 15. Februar 1919, weil der Arbeitszwang nicht auf alle Staatsangehörige ausgedehnt wird. 4. Es wird eine Kommission bestimmt, welche gemeinsam mit der Ortsverwaltung die Ausschreibung zur Anstellung von vier beziehungsweise fünf Angehörigen und die Prüfung der Bewerbungen vornimmt. Sie hat entsprechende Vorschläge der nächsten Generalversammlung zu machen. In die Kommission wurden elf Mitglieder gewählt. — Der Ortsverwaltung überreicht wurde ein Antrag, der die zeitgemäße Aenderung der Arbeitsordnungen fordert. Die imposante Generalversammlung wurde mit einem Appell zur weiteren fleißigen Mitarbeit an den Aufgaben des Verbandes geschlossen.

Nordhausen. Die hiesige Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war veranlaßt, mit den Metallarbeitern des Eichsfeldes Fühlung zu nehmen, da aus dieser schwarzen Ecke noch sehr über schlechten Lohn und Nichtzahlung der 35stündigen Arbeitszeit geklagt wurde. In dem Orte Berlingerode traten die Kollegen fast reiflos dem Verbands bei. Doch dieses schien den Gewaltigen des Ortes, die bis jetzt noch nicht gemerkt hatten, daß ein etwas freierer Luftzug durch Deutschland weht, nicht zu pfeifen, sie spürten dem Träger der Organisation nach und erbeden, daß das ein entsetzlicher Mord sei. Sofort stellten sie der Firma ein Ultimatum, den Monteure innerhalb 24 Stunden aus dem Orte zu entfernen, widrigenfalls er hinausgeprügelt würde. Auch war der Ortsführer soweit gegangen, dem Wirt zu verbieten, uns den Saal zu einer Versammlung zu geben. Natürlich hat ihn das nichts genützt, denn die Erregung der Einwohner darüber war so groß, daß der Wirt sich genötigt sah, uns den Saal doch zu geben. Weiter haben wir auch mit der Firma, die ihren Monteure unter dem Druck der Gewaltigen schon entfernt hatte, verhandelt, so daß sie denselben wieder einstellte. Hieraus kann man wieder sehen, wie die Gewaltigen noch zu herrschen wünschen und was für ein großer Dorn die Organisation in ihren Augen ist. Darum, Arbeiter von Eichsfeld, wachtet auf, tretet alle ein in die freie Gewerkschaft, denn diese allein kann eure Lebenslage verbessern.

Rundschau

Drei Millionen.

Der Wille ist es, der den Menschen zur Persönlichkeit macht, der ureigene, gerade, unberührbare Wille. Er macht den Menschen groß und stolz und gibt ihm die natürliche Majestät der Führung und Leitung.

Ein Ziel aber, welches es auch sei, kann nur dann vom Willen, wie stark er auch ist, erreicht werden, wenn der Wille ein Gemeinschaftswille, wenn er sich einfügt in eine große, leitende Gesamtheit. Die Zukunft stellt dar einen Kampf um Ideen, die Gemeinut großer Scharen sind, und es wird siegen die Idee, die Gemeinschaft, die am gemaltigsten darstellt den Gemeinwille.

Nach den neuesten Zahlen haben die gewerkschaftlichen Zentralverbände die Mitgliederzahl von drei Millionen überschritten. Welch eine Willenskraft steckt in dieser Zahl! Und immer weiter geht es vorwärts, immer voran zum Ziele.

Der Wille, so sagten wir, macht den Menschen groß und stark und frei. Muß nicht der einzelne, der sich diesem gewerkschaftlichen Gesamtstreben einfügt, auch zugleich mit diesem so gewaltigen Erklärten des Gesamtwillens wachsen und zunehmen an innerer Gewalt?

Es ist ein notwendig verbundenes Sein und Ger: Wie die einzelnen Willen den Organisationswillen schaffen, so ist es der Organisationswille, der wieder den einzelnen belebt und erfreut und zu täglich neuem Leben antreibt.

Drei Millionen! Wir fühlen uns hinausgewachsen über uns selber, wie Sieger, die einen wichtigen Stoß unternommen nach vorn. An großer Unbezwingbarkeit hat gewonnen der Wille eines jeden von uns: Er muß kommen, der endgültige Sieg! Und mit dieser Ueberzeugung von seinem Kommen gibt uns der groß gewordene Gesamtwillen ins Herz das erhebende Glücksgefühl, ein Wille zu sein in diesem Gesamtstreben, und wir empfinden es besonders vernehmlich, daß glücklich nur ist, wer ein Ziel hat und wer seinen Willen in diesem Ziel hineinfügt in den zielbewußten Willen der organisierten Einheit.

Aus den Unternehmerverbänden.

Der Bergische Fabrikantenverein beschäftigte sich am 7. März in einer außerordentlichen Hauptversammlung mit der Neuorganisation der Bergischen Industrie des Bergischen Landes. Nach einem Berichte in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung (Nr. 204 vom 10. März) begründete Syndikus Dr. Meyer die Notwendigkeit der Neuorganisation. Die Lage auf den deutschen Weltmärkten sei mehr als trübselig. Ungehore Werte, die deutscher Fleiß und deutsches Ansehen geschaffen hätten, seien hier durch die Maßnahmen der Feinde vernichtet worden. Weiter erging der Herr Syndikus sich in Reden gegen „unfünne Lohnforderungen“ und „utopische Sozialisierungspläne“, die die deutsche Industrie vollends zu erstickten drohten. In Zukunft hätte die deutschen Unternehmer es mit einer sozialistisch gerichteten Arbeiterregierung zu tun, die, in der einseitigen Forderungen ihrer Parteigrundzüge befangen, über die von

der Regierung zu ergreifenden wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Forderungen von Handel und Industrie nicht immer so dachte, wie die Unternehmer dies von einer Regierung zu verlangen gewohnt seien.

Dagegen, daß die Regierung über die notwendigsten Lebensbedingungen stets auf dem laufenden erhalten wird, wird niemand etwas einwenden. Wir halten es geradezu für eine Pflicht der Regierung, von sich aus schon darauf zu dringen.

Die Versammlung beschloß, daß der Bergische Fabrikantenverein als Spitzenverband wirken soll, der um sich die einzelnen Gruppen der Bergischindustriellen sammelt. Vorläufig sind folgende Gruppen vorgesehen: 1. Stahl-, Walz- und Hammerwerke; 2. Maschinenfabriken und Eisengießereien; 3. Grobwerkzeuge, Hammer, Ambosse und Gaden; 4. Feilen; 5. Sägen und Maschinenmesser; 6. Metall-Längteile zu landwirtschaftlichen Maschinen; 7. Schleifschuhe, Stahlschuh und Eisäporen; 8. Legie, Meile, Kellen und Handmesser, auch Winkel und Lineale; 9. Weitel und Gobelisen, Keißel und Stiffenöffner, Schraubenzieher, Bohrer und Bohrwerkzeuge (mit Ausnahme von Spiralschneidern), Schaf- und Gartenscheren, Gartenwerkzeuge; 11. Spiralschneidern für Metall, Gemeindefeldschneidwerkzeuge, Wachscheren, Zangen, Zirkel, Schraubenschlüssel und Schraubzwingen, Feilmöben und Parallelschraubstöcke.

Wir sehen daraus, daß die Unternehmer in diesem Industriezweige schon wieder rührig am Werke sind. Zeit ist es darum auch für die Arbeiter, über die allgemeinen Fragen, die sie jetzt beschäftigen, auch ihre besonderen Berufsangelegenheiten nicht zu vergessen.

Streit und Fleckfieber.

Von der Berliner Kommandantur wurde anlässlich des neuesten Streits mitgeteilt, daß die Tätigkeit der Abteilung Seuchenschutz durch die Streits sehr gehemmt sei und daß die Gefahr gänzlicher Unterbindung bestehe. Daselbst gilt für andere deutsche Städte mit Streitgefahr, und es sollte daran bei allen Streits, wenn man sie nur einmal erklären zu müssen glaubt, mindestens die Vorzüge getroffen werden, daß die Seuchengefahr durch sie nicht noch weiter zunimmt.

Nutzt die Arbeitspause aus?

Durch die verkürzte Arbeitszeit kann der einzelne mehr als bisher Gesundheits- und Körperpflege treiben. Es gilt aber auch, die freie Zeit nützlich der Arbeit, die Arbeitspause, im Interesse der Gesundheit auszunutzen. Wie Prof. Grotzjahn in seiner Sozialen Pathologie bemerkt, wird die Bindungsbindung in sehr vielen Fällen dadurch veranlaßt, daß der Arbeiter die Zwischenpausen zu häufig hemdenhängt.

Vom Ausland

Belgien.

Ik. Sturzwasser am belgischen Himmel. Dieser Tage wurde gemeldet, der belgische König habe sich der revolutionären Gefahr durch die Flucht nach London entzogen. Eine Festsetzung dieser Meldung ist ausgeblieben. Ob sie den Struma oder den Wamsig zum Vater hat, steht dahin. Jedes, so unangenehm klingend und lästig sie nicht. Die letzten Wochen hat sich der belgische Himmel in bedrohlicher Weise verdüstert.

Die belgischen Sozialisten haben, wie wir schon bekannt, für gegen die Teilnahme an der internationalen Konferenz erklärt, weil sie mit den Deutschen nicht zusammenarbeiten wollen. Dieser Bescheid ist nun unter dem belgischen Widerstand einer beträchtlichen Minderheit zugegeben worden, eine Tatsache, die aber nicht kündigt, ein Beträubnis über den deutsch-belgischen Stand der Dinge zu nähern, zumal da die Abweisung gegen uns aus einem Lande kommt, dessen Protestariat mit unschuldig haben mit der deutschen Arbeiterbewegung verknüpft war.

Der Deutschen hat zur Ausweisung aller Deutschen aus Belgien geführt. Am Sonnabend (22. Februar) sind alle Deutschen abgeführt unter größter Annehmlichkeiten und besserer menschlicher Vorpflege, als ihre früheren Herren unglücklicher, verunglückter Deportierten gestattet. Die Deutschen schieden die Franzosen mit 50 Franken beim, die Belgier haben den Deutschen hier das Brüsseler Sozialistenblatt Le Peuple darzustellen versucht, ist es bei der Ausweisung leider nicht zugegangen. Den Ausgewiesenen, worunter sich mit Deutschen verheiratete Belgierinnen und 80jährige Leute befanden, ist ihr über jenen Satz hinausgehende Bargeld als Auswanderungsgeld mit der rechtliberalen Etoulo Belgo veranwortet, an sonstigen Rückstellungen nicht gefehlt. Und dies unter einem sozialistischen Justizminister - Vandervelde - vier Monate nach dem Waffenstillstand gegen Leute, die in den meisten Fällen ebenso wie die mißhandelten Belgier die Opfer der deutschen Militärbeschuldigung waren und sind.

Die Ausgewiesenen werden froh sein, daß sie dann, wenn das am belgischen Himmel heraufziehende Ungewitter losbricht, nicht als Mitbürger der Vorkriegszeit mißbraucht werden können. Das Korbpiel des Sturmes hat, wie ein Wind in die belgischen Zeitungen weht, längst eingeseht. So ziemlich alle Berichte stehen in Lohnbewegungen. Es werden da Forderungen gestellt, die uns Deutschen wie eine gottliche Wut aus weit, weit zurückliegender Zeit vorkommen. Hier wird eine Lohnaufbesserung von 32 auf 48 % die Stunde gefordert; dort wäre man schon mit 40 % vollauf zufrieden. In einer Großstadt glaubt ein hochbezahlter Beruf mit weniger als 1 M Stundenlohn nicht mehr auskommen zu können, in einer anderen Stadt ist der gleiche Beruf mit seiner Forderung auf 50 % stehen geblieben. Von der Arbeitszeit, die im allgemeinen noch 10 bis 12 Stunden täglich beträgt, ist in den vielen Bewegungen seltener die Rede. Offenbar kümmert die Arbeiterschaft jetzt die Arbeitsdauer weniger als eine Aufbesserung der Bezahlung, um den Hungerdampf von der Zure zu halten. Das Unternehmertum scheint, wie es anderswo eben auch der Fall ist, die Zeichen der Zeit nicht verstehen zu wollen. Seine Hartnäckigkeit wird wesentlich gestützt durch den Mangel an Aufträgen und Hoffnungen. Ein großer Teil des Landes ist vermintet, viele Fabriken der maschinellen Einrichtung verbraut, die Verbindungen mit dem Auslande noch nicht wieder hergestellt. Kurz eine furchtbare Wirtschaftskrise, deren Ende nicht abzusehen ist. Und dabei hungert das Volk entsetzlich!

Die Nahrungsmittelnot der mittelstaatlichen Völker ist gewiß schlimm, aber die des belgischen Volkes ist nicht besser, wird noch maßlos verschärft durch den Mangel einer Organisation der Verteilung. Die Habgier und Widerständigkeit der Grundbesitzer gegen behördliche Verordnungen ist in Belgien genau wie anderswo. Das erschreckende Wurren des hungierenden Volkes treibt die Regierung zu nachsichtlosen Maßnahmen. Freilich haben diese vorberhand nur mehr Hinweise auf Besserung, als Verjagung selbst hervorgerichtet.

In der Kammerverhandlung, die der allgemeinen Not galt, hat der (sozialistische) Ernährungsminister Wauters das Bild vom Stande der Ernährung gezeichnet. Er sagte darüber unter anderem: „Aus allen Ecken der Arbeiter und kleinen Angehörigen als auch zum Teil aus denen des Bürgertums sind Fleisch, Butter und Eier vollständig verschwunden. Wenn das kilo Butter und Speck 38, Fleisch 24, Kartoffeln 4, ein Ei 2, eine Lonne Pöhlen 200 bis 240 M, eine Schachtel Streichholz 2,40 M kosten, dann kann man sich einen Begriff machen von dem Maß des Elendes, zu welchem unsere Rasse heruntergekommen ist. Es ist nicht zu verwundern, daß die blutarmen Leute, die während des Krieges, als es kein Getreide gab, mit 250 Gramm Kriegsschlack die niedrigen Preise der Vorkriegszeit wiederhaben würden. Und diese Situation hat, weil wir nicht von einem Tag zum anderen die normale Lage erlangten, die allgemeine Enttäuschung hervorgerufen.“ Um die Schreie nach Nahrung zu stillen, ist die Regierung bei den Verbündeten um Nahrungsmittel bitten gegangen. Zuerst nach Paris. Hier aber wurde ihr zur Antwort: „Wir werden für die Belgier tun, was wir können. Indes, euer Verlangen scheint unangenehm. Wir bedürfen selbst Korntrauf.“ In London erhielt die Regierung die gleiche Antwort. Nach vielen Unterhandlungen gelang es, einen Lieferungsvertrag mit Argentinien und Amerika abzuschließen. Ehe aber diese Bestellungen in Belgien eintreffen, werden noch lange Wochen vergehen. Inzwischen verdirbt die Regierung, die noch auf dem Lande verstreuten Lebensmittel herauszuholen, um sie dem unermittelten Mann zugänglich zu machen. Zu diesem Behufe ist eine Reihe von Verordnungen veröffentlicht worden, die alle den Geist des - vernachlässigten Feindes atmen. „Eber“, entschuldigte sich der Minister, „unsere Feinde haben uns ein prächtiges Beispiel geliefert. Wenn sie sich ummitteln großen Mangel halten und reitern konnten, so ist dies ihrer Preisbestimmung und Beschlagnahme zu verdanken.“ Daß sich die gut herhalten Bauern gegen diese „Verpreuung“ mit aller Kraft stemmen, braucht für das Land der agrarischen Antipresse keiner besonderen Erwähnung. Zu dem Nahrungsmittelmangel kommt die Kleidernot. Hunderttausende von Ängsten und Koden sind in Amerika bestellt worden.

Mit den Verordnungen auf die baldige Kränkung der besten Lebensmittel ist das Wurren des Volkes nicht zu stillen, zumal da von einer Abnahme der Arbeitslosigkeit auf Monate hinaus nicht geredet werden kann. Die Arbeitslosen erhalten eine Unterstützung von höchstens 16,00 M für zwei Wochen, für Familienväter erhöht sie sich etwas. Wie ein Mann mit 8,40 M seine wöchentlichen Bedürfnisse bei dieser Leistung bestreiten kann, bleibt ein ungelöstes Rätsel. Die Gewerkschaften fordern neben der Erhöhung der Unterstützung vor allem auch, daß sie ihres Charakters als Almosen entleidet und zu einem rechtmäßigen Anspruch für den Erwerblosen werde. Diese Forderung im Verein mit der Höhe der Unterstützung zeichnen besser als es Worte vermögen die traurige Lage der arbeitenden Klasse in Belgien.

Gleiche Urzeichen haben gleiche Wirkungen. Der Größe des Elendes entspricht die Größe der Erbitterung der Arbeiterschaft. Daß sie noch bedeutend größer, allgemeiner, gefährlicher ist, als es nach außen scheinen mag, lassen die ersten Ermahnungen der belgischen Zeitungen zur Besonnenheit annehmen. So schreibt Le Peuple, um nur ein Beispiel anzuführen, unter der Ueberübersicht: „Die erste Stunde: Man vermag das Steigen zarterer Mangelserie und gebieterischer Proteste. Keine in der Ernährung, Keine in der Kohlenbeschaffung, Keine auf dem Arbeitsmarkt... Auf einem solchen Boden treibt der Same des Selbsthätzes in die Höhe, die blühende Frucht der Anarchie, das Unkraut des Nihilismus. Wir beschwören die Arbeiterklasse, doch Bedenken zu haben, die den Wiederaufbau des Landes unternehmen haben.“

In den zwei Wochen, während dies geschrieben, ist das Wurren des belgischen Proletariats noch lauter, verzweifelter geworden. —

Eingegangene Schriften

Gewerkschaftliche Frauenzeitschrift. Nr. 5 des vierten Jahrgangs ist erschienen. Sie enthält: Der Aufstieg der Gewerkschaften während des Krieges. — Paula Thiede. — Margarete Balfanz. Von Clara Zetkin. (Erlaubt) — Fernstudium und Spätklassifikation. — Vom Verortismus in der Gewerkschaft. — Organisierung der Photographinnen! — Ein Antrag auf Heiratsverbot. — Zur Krankenversicherung der Hausangehörigen. — Unsere Lebensmittelpflicht. Von Robert Schmidt. — Die erste Versammlung der Nationalarbeiterbewegung. — Strauß von Marie v. Thun-Eichenbach. — Die entmenschten Landbesitzer und was sie jährlich gekostet haben. — Die unerschütterliche Stellung der Frauen im alten Rom. — Der Preis des Wertes durch die Post bezogen beträgt vierzehnjährlich 40 S. Die weiblichen Mitglieder des belgischen Metallarbeiter-Verbandes erhalten es unentgeltlich, daß die Ortsverwaltung zugestimmt. Durch diese kann es auch für die Frauen der Mitglieder, die nicht selber Mitglieder meines Verbandes sind, um 20 S vierzehnjährlich bezogen werden.

Verbands-Anzeigen

Witgliederversammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.) Samstag, 5. April: Bromberg, Arbeiterhaus, Thalstr. 2. (Schultern. P. Krause, halb 8 Uhr. Eisen (Heizungsmonteur u. Helfer). Giffelmann, Stationenallee, 8 Uhr. Lauf (Wagner). Gewerkschaftshaus. Nossen i. S. Post, 8 Uhr. Wolgast (Pommern). Schulz, halb 9. Sonntag, 6. April: Erfurt (Elektrikmont.) Steiniger, 10. Erfurt (Heizungsmonteur). Weimarer Hof, Johannesstr. 74, 10 Uhr. Göttha (Elektrikmonteur und Helfer). Mohren, 10 Uhr. Gagen. (Heizungsmont. u. Helfer). Holten, Wehringhauser Str., 10 Uhr. Neustadt Sa. Bürgergarten, 10 Uhr. Sonntag, 13. April: Braedel b. Dortmund. Dreter, 3 Uhr.

Vertrauensleutezusammenkünfte Chemnitz (Weichmetall). Samstag, 12. April, abends 8 Uhr, Volkshaus.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl.

Bielefeld. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum sofortigen Eintritt einen Beamten für Agitation und Verwaltung. Berechnet wird nur auf eine tüchtige Kraft. Voraussetzung zur Bewerbung ist eine mindestens fünfjährige Mitgliedschaft. Das Gehalt regelt sich nach den Beschlüssen der Breslauer und der Kölner Generalversammlung. Etwaige Dienstreise wird angemessen. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Angabe des Alters, der Dauer der Mitgliedschaft und der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen bis zum 1. April an den Kollegen Wilsons Ruje, Marktstraße 8, einzureichen. Braedel bei Dortmund. Bevollmächtigter ist Karl Armes, Kaffeebr. M. Spilng, Schriftführer H. Winkelmann.

Bromberg. Für die hiesige Verwaltungsstelle wird zum sofortigen Eintritt ein beworbener Geschäftsführer gesucht. Dieser muß die sämtlichen Verwaltungs- und Kassengeschäfte übernehmen sowie auch die Agitation. Es können daher nur Kollegen berücksichtigt werden, welche in allen Verbandsgeschäften erfahren sind. Bewerber müssen dem Verband mindestens 5 Jahre angehören. Die selbstgeschriebenen Bewerbungen müssen genaue Angaben über Alter, Beruf, Organisationszugehörigkeit und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung enthalten. Die Besoldung erfolgt nach den Beschlüssen der Generalversammlungen in Breslau und Köln. Bewerbungen sind bis zum 5. April zu richten an Emil Wolf, Bromberg-Prinzental, Wücherrstraße 10.

Cleons. Das Bureau (Marktstr. 8) ist geöffnet: Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag 11 bis 1 und 6 bis 7 Uhr, Freitag und Samstag 11 bis 1 und 6 bis 7 Uhr. Erwerbslosenunterstützungsfreitag, Krankenunterstützung Samstag vormittags. Samstag nachmittags und Sonntag geschlossen. Alle Sendungen an den ersten Bevollmächtigten Georg Schnitzer, Wücherrstraße 8.

Effen. Als Kassierer für unsere Verwaltungsstelle wurde der Kollege Ludwig Juhn und als Angestellte für Agitation und Bureauarbeit die Kollegen Georg Friedrich und Hermann Klever (Effen) gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank.

Finstertal (H.-L.). Die hiesige Verwaltungsstelle sucht einen Geschäftsführer. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes, mit den Verwaltungsarbeiten vertraut sein und agitatorische und organisatorische Fähigkeiten haben. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Breslauer und der Kölner Generalversammlung. Bewerbungen, aus denen Alter, Beruf und Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen, sind bis zum 16. Mai 1919 an Kollegen Karl Fuchs, Finstertal (H.-L.), Kirchhainstr. 49, zu richten.

Graudenz. Für die hiesige Verwaltungsstelle wird zum sofortigen Eintritt ein beworbener Geschäftsführer gesucht. Dieser muß die sämtlichen Verwaltungs- und Kassengeschäfte übernehmen und auch die Agitation. Es können daher nur solche Kollegen berücksichtigt werden, welche in allen Verbandsgeschäften erfahren sind. Bewerber müssen dem Verband mindestens 5 Jahre angehören. Die selbstgeschriebenen Bewerbungen müssen genaue Angaben über Alter, Beruf, Organisationszugehörigkeit und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung enthalten. Die Besoldung erfolgt nach den Beschlüssen der Generalversammlungen in Breslau und Köln. Bewerbungen sind bis zum 5. April zu richten an Al. Chael Schulz, Graudenz, Unterthornstraße 12.

Gumeln a. Weiser. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht einen Geschäftsführer. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Verbandsmitglied, sowie organisatorisch und agitatorisch befähigt sein. Anfangsgehalt: 2500 bis 3000 M. Der Antrag kann schon am 1. April erfolgen. Die Besoldung, aus denen Alter, Beruf und Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen, sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 10. April zu richten. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen von Breslau und Köln. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Angabe des Alters, Beruf und bisheriger Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen, sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ unter Angabe des Berufs, Alters, Familienstandes, Dauer der gewerkschaftlichen sowie politischen Organisationszugehörigkeit und der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis zum 12. April an den Kollegen Georg Knaup, Regenerstr. 2, zu richten. Klottermeiergasse 2, zu richten.

Schwinfurt. Für die hiesige Verwaltungsstelle wird zum sofortigen Eintritt ein beworbener Geschäftsführer gesucht. Berechnet wird auf eine erste Kraft. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes und mit allen Verwaltungs- und Agitationsfragen vertraut sein. Die Bewerbungsschriften, aus denen Alter, Mitgliedschaftsdauer und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen müssen, sind bis zum 3. April an den Bevollmächtigten Otto Denzschel, Schwefelstr. 20, mit der Aufschrift „Bewerbung“ einzureichen.

Suhl. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum 1. Mai einen ersten und zweiten Geschäftsführer für Agitation und Verwaltung. Gehalt nach den Beschlüssen von Breslau und Köln. Diensthafte werden angemessen. Kollegen, die mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sind, Kenntnisse im Kasseneisen, agitatorische und organisatorische Befähigung haben, wollen Gesuche einreichen unter Angabe des Berufs, Alters, Familienverhältnisses und bisheriger Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis zum 15. April an den Kollegen Adolf Ulrich, Suhl, Sandstraße 15.

Wittenberg. Die hiesige Verwaltung sucht zum 16. April d. J. einen Geschäftsführer. Organisatorische und rednerische Befähigung Bedingung. Aus der Bewerbung muß Alter, Beruf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen. Eine Mitgliedschaft von mindestens sieben Jahren ist nötig. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Generalversammlungen von Breslau und Köln. Zuschriften sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 5. April zu richten an den Kollegen Ernst Wietzig, Wittenberg, Weitz Halle, Judenstr. 33.

Wetzlar. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zu möglichst baldigem Eintritt einen Geschäftsführer. Bewerber müssen in allen Verwaltungsarbeiten mindestens 5-malrednerisch befähigt und fünf Jahre Verbandsmitglied sein. Gehalt nach den Beschlüssen des Breslauer Verbandstages. Bewerbungen, aus denen Alter, Beruf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen, sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Kollegen Georg Knaup, Semmlstr. 46 einzufenden.

Schörlben. Leipzig. Max Fischer, Arbeiter, 46 Jahre, Verlagsl. — Karl Heß, Schloffer, 60 Jahre, Operation. — Willy Heiser, Schloffer, 21 Jahre, Rippenfellentzündung. — Karl Gofner, Schloffer, 45 Jahre, Metallbearbeitung. — Hermann Petersmann, Zwickauer Schulz (192).

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdrucker und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.